

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Aachen
Habsburgerallee 11-13
52064 Aachen

Telefon: 0241 432 721 5
Telefax: 0241 499 44
E-Mail: spd.fraktion@mail.aachen.de

www.spd-aachen.de



Rede

des Fraktionsvorsitzenden
der SPD im Rat der Stadt Aachen

HEINER HÖFKEN



zum Haushaltsplan der Stadt Aachen für das Haushaltsjahr 2010

- Es gilt das gesprochene Wort -
Sperrfrist: 21.04.2010, 17.30 Uhr

Heiner Höfken

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

21. April 2010

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einigen Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen der Haushaltsplanberatung 2010 beginnen:

Die finanzielle Lage der Stadt Aachen ist ernst und schwierig. Dabei ist es kein Trost, dass es manchen vergleichbaren Städten noch sehr viel schlechter geht – auch Kommunen in unserer StädteRegion. Natürlich müssen wir sparen und können neue Aufgaben nur dann übernehmen, wenn sie unabdingbar notwendig sind. Die Sparmöglichkeiten einer Kommune wie Aachen sind jedoch mehr als begrenzt. Die größten Ausgabeposten sind gesetzlich vorgeschrieben oder Personalkosten. Ein Beispiel mag die beschränkten Handlungsmöglichkeiten deutlich machen: Selbst wenn wir – was meines Wissens keine der im Rat vertretenen Parteien will – das Theater schließen würden, würde dies das diesjährige Defizit nur um rund ein Viertel vermindern!

Bund und Land belasten uns als Kommune mit immer mehr und immer teurer werdenden gesetzlichen Ausgaben ohne auf der anderen Seite gleichzeitig für eine ausreichende finanzielle Ausstattung zu sorgen. Als echte Treibsätze für den kommunalen Haushalt haben sich in Aachen wie anderswo in den letzten Jahren die Sozialausgaben erwiesen. Eine von den Kommunen letztlich nicht zu beeinflussende Größe. Seit 1991 haben sich die Sozialausgaben der Kommunen bundesweit verdoppelt. Allein im Jahr 2009 betrug die Kostensteigerung der Kommunen bei den Sozialausgaben erneut 1 Mrd. EUR auf insgesamt 40 Mrd. EUR. Tendenz weiter steigend. Die kommunalen Spitzenverbände erwarten für 2010 41,5 Mrd. EUR und für 2013 bereits 45 Mrd. EUR.

Das Prinzip der Konnexität, also die Verpflichtung keine neuen Aufgaben ohne ausreichende Finanzausstattung zu schaffen, steht zwar in der Landesverfassung, wird von der jetzigen Landesregierung aber nicht ernst genommen. Das Dilemma der Kommunen besteht zur Zeit darin, dass sie weder auf Landes- noch auf Bundesebene ein Mitspracherecht bei der Verabschiedung von Gesetzen haben, die sie und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit betreffen, ihnen gleichzeitig aber immer neue und weitere Aufgaben aufgebürdet und Einnahmeverluste zugemutet werden.

Auch wenn der jetzige Ministerpräsident lautstark erklärt, er würde keinem Gesetz zustimmen, dass die Kommunen belastet, wer wollte ihm glauben? Noch im Dezember hat er im Bundesrat die Hand für das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz gehoben, durch das die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2010 um weitere 300 bis 400 Millionen Euro belastet werden!

Die Bundesregierung hat außerdem eine Kommission eingesetzt, die wieder einmal untersuchen soll, wie die Gewerbesteuer, als derzeit wichtigste weil aufkommensstärkste „Kommunalsteuer“, ersetzt werden kann. Dies ist vor einigen Jahren 2003/4 schon einmal vergeblich untersucht worden. Alle vorgeschlagenen Lösungen waren und sind schlechter als das, was die Kommunen jetzt haben. Die Gewerbesteuer in Deutschland hat ein Aufkommen von durchschnittlich ca. 40 Milliarden Euro im Jahr, das in die kommunalen Haushalte fließt.

Wer die Gewerbesteuer abschaffen will, muss sagen, wer dann mit dieser Summe belastet werden soll.

Wenn man Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Körperschaftssteuer ins Auge fasst, bedeutet dies, dass den größten Teil dieser Summe die Bürgerinnen und Bürger über die Einkommenssteuer finanzieren müssten. Ein Zuschlag zur Einkommensteuer hätte ein weiteres Problem zur Folge: die Stadt-Umlandproblematik. Städte ohne Infrastrukturausgaben wie z.B. Theater, ein umfangreiches Schul- und Bildungswesen, teure öffentliche Verkehrssysteme usw. werden natürlich geringere Zuschläge nötig haben, als Oberzentren mit entsprechenden Ausstattungen der Daseinsvor- und -fürsorge. Die Folgen sind absehbar. Gerade potente Steuerzahler werden ihren Wohnsitz in eine Stadt im Umland verlegen, die für sie „billiger“ ist, gleichzeitig aber, selbstverständlich, weiter die Vorzüge der Infrastruktur in den Oberzentren nutzen wollen.

Wir brauchen daher dringend eine Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die alle Ebenen arbeitsfähig ausstattet. Eine Gewerbesteuer, die auch Freiberuflerinnen und Freiberufler mit in den Kreis der Steuerpflichtigen einbezieht, ist für die SPD nur ein wichtiger Baustein von vielen.

Zu einer solchen Finanzreform gehört auch die Erkenntnis, dass wer in der heutigen Situation von Steuersenkungen schwafelt, eine weitere Neuverschuldung, insbesondere der Kommunen, in Kauf nimmt und damit letztlich für immer weniger Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sorgt.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf 2010 ist, so wie ihn die Schwarz-Grüne Mehrheit heute beschließen will, im Grunde die Fortschreibung der Haushalte der letzten Jahre. Allerdings gibt es, und das ist entscheidend, zwei gewichtige Ausnahmen.

Die erste folgenschwere Abweichung der neuen Rathausmehrheit vom bisherigen Kurs, ist die Entscheidung, jährlich nicht mehr 150 Kita-Plätze im U3-Bereich neu einzurichten. Mit dieser Entscheidung wird der seit Jahren bestehende „Aachener Konsens“, dass Bildung und Betreuung auch haushalterisch absolute Priorität besitzen, von der Rathauskoalition einseitig aufgekündigt. Mit dieser Entscheidung wird nicht weniger als die landesweite Vorreiterrolle Aachens auf dem Gebiet der U3-Betreuung mit einer Versorgungsquote von derzeit fast 25% fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Im Übrigen ist durch diese Entscheidung jetzt schon klar, dass Aachen im U3-Bereich nicht einmal die von der Bundesregierung für das Jahr 2013 angestrebte Quote von 35% Bedarfsdeckung erreichen wird.

Fatal daran ist, dass wir mittlerweile aus den Umfragen der kommunalen Spitzenverbände sowie der im März veröffentlichten Umfrage der Stadt Aachen wissen, dass in den Ballungsgebieten und großen Städten – von der Dimension Aachens – eine Nachfrage von über 60% für U3-Kita-Plätze besteht. Festzuhalten bleibt daher, dass der von allen Fraktionen für Aachen bisher proklamierte Schwerpunkt „Kinder und Jugend“ sowie „Bildung und Betreuung“ von der neuen Ratsmehrheit haushalterisch erstmals in der jüngeren Vergangenheit nicht mit dem notwendigen finanziellen Gewicht ausgestattet werden soll.

Falls sich hier heute nicht noch kurzfristig eine Änderung ergibt, wird die SPD-Ratsfraktion dem Haushaltsentwurf 2010 daher nicht zustimmen.

Die zweite schwerwiegende Veränderung gegenüber den Haushalten der Vorjahre liegt in der dramatischen Steigerung des Jahresdefizits. Die Ausgleichsrücklage wird im Haushaltsjahr 2010 mehr oder weniger komplett aufgebraucht werden. Ob es bei den

anvisierten 60 Mio. EUR Entnahme bleiben kann, muss abgewartet werden. Aber bereits jetzt ist die Finanzplanung 2011/12 mit vielen Fragezeichen zu versehen. Falls die Steuereinnahmen doch stärker weg brechen sollten als erwartet, ist die Ausgleichsrücklage schlimmstenfalls bereits dieses Jahr aufgebraucht. Das heißt, mit anderen Worten: Ob von der Ausgleichsrücklage für das Haushaltsjahr 2011 noch 13,8 Mio. EUR übrig bleiben, wie die Kämmerei bei der Einbringung des Haushalts im letzten Jahr veranschlagt hat, und wie Schwarz-Grün es fest erwartet, um nicht in die Haushaltssicherung zu rutschen, ist derzeit noch unklar.

Es erscheint aber eher unwahrscheinlich, wenn man die Ausführungen von Frau Grehling im Finanzausschuss vom vergangenen Dienstag zum Thema „Steuereinnahmen“ zugrunde legt. Danach bleiben die für 2010 erwarteten Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen der Stadt bisher hinter den Haushaltsansätzen und den Erwartungen der Kämmerei zurück. Die derzeitigen Gewerbesteuvorauszahlungen lassen ein Gesamtaufkommen von nur 119 Mio. EUR erwarten. Im Haushalt veranschlagt wurden demgegenüber 138 Mio. EUR. Ähnlich sieht es bei der Einkommensteuer aus. Nach heutigem Stand ergäbe sich ein Minus von 7 Mio. EUR gegenüber den Ansätzen im Haushaltsentwurf.

Alleine der mögliche Einbruch der Gewerbesteuer in der Größenordnung von 19 Mio. EUR würde dazu führen, dass die Ausgleichsrücklage von zur Zeit noch 73,8 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2010 komplett aufgebraucht würde, in den Jahren 2011/12 zweimal hintereinander die Allgemeine Rücklage um mehr als 5% angegriffen werden müsste und das kommunale Selbstbestimmungsrecht des Rates in Finanzfragen 2013 gem. § 76 GO durch die Haushaltssicherung beendet würde.

Um hier keinen falschen Eindruck zu erwecken: Natürlich ist dieser Anstieg des Defizits mit der Wirtschafts- und Finanzkrise im Zusammenhang zu sehen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es ohne das Konjunkturprogramm der großen Koalition auch in weiten Bereichen unserer Stadt finanziell noch schlechter aussehen würde. Allerdings ändert das nichts an der Einschätzung, dass Aachen heute finanziell nur noch einen Schritt vor dem Abgrund steht und der Einstieg in die Haushaltssicherung und der Verlust der kommunalpolitischen Handlungsfähigkeit eine klare und gegenwärtige Gefahr geworden sind.

Allen hier im Ratsaal muss klar sein: Nur geringe Schwankungen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite z.B. im Sozialbereich, bei den Einnahmen aus dem GFG oder bei den Steuereinnahmen können uns schnell die kritische Grenze von 5 % überschreiten lassen.

Wie stark der Haushalt 2010 „auf Kante genäht ist“, lässt sich allein daran ablesen, dass die Haushaltssicherung im Jahr 2013 wegen des 5%-Kriteriums des § 76 GO bereits dann eintritt, wenn sich das Defizit 2010 bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise oder nicht gegenfinanzierte Mehrausgaben um „nur“ weitere 5 Mio. EUR erhöht. Angesichts der von Frau Grehling im Finanzausschuss genannten neuen „Horrorzahlen“ wohl kein Ding der Unmöglichkeit mehr.

Wir Sozialdemokraten vermissen daher im Haushaltsentwurf der schwarz-grünen Rathauskoalition und des Oberbürgermeisters vor allem Sparvorschläge!

Hält man nach konkret greifbaren kurzfristig für Entlastung sorgenden Konsolidierungs- und Sparvorschlägen für das Haushaltsjahr 2010 Ausschau, dann stößt man erstens auf eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre von Stellen in der Verwaltung, die nach der schwarz-grünen Wunschvorstellung die Mehrausgaben des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auffangen soll und zweitens den Verzicht von Präsenten an die Ratsfrauen in Form von Weihnachtssternen.

Letzteres entspricht einem Konsolidierungseffekt von exakt 0,00003 Mio. Euro für den Haushalt 2010. Im Klartext: 30 Euro.

Dagegen lässt sich der Einspareffekt der sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre nicht einmal beziffern. Unklar ist vor allem, ob der Vorschlag auch für die Beschäftigten der Eigenbetriebe gelten soll und welche Ausnahmen es geben wird. Insgesamt handelt es sich um eine Luftbuchung, um einen reinen Showvorschlag, der gut zu der Konsolidierungsslyrik passt, durch die die so genannten Sparvorschläge der Koalition vor allem gekennzeichnet sind.

Meine Damen und Herren,

fest steht, dass der Kostenexplosion und den Einnahmeausfällen im städtischen Haushalt 2010 keine nennenswerten Konsolidierungsanstrengungen der schwarz-grünen Koalition und des Oberbürgermeisters gegenüber stehen. Die schwarz-grüne Rathauskoalition und der Oberbürgermeister haben für die Haushaltsplanberatung 2010 unabhängig von einander ein **Moratorium für Konsolidierungs- und Sparvorschläge** verkündet und riskieren so grob fahrlässig die Haushaltssicherung in 2013.

Während das Dach des Rathauses in Aachen bildlich gesprochen bereits in hellen Flammen steht, erklärt der OB in seiner sympathisch-freundlichen Art, er habe doch für's nächste Jahr schon die Feuerwehr bestellt!

Um es ganz klar zu sagen: Die symbolischen Sparvorschläge und die Ankündigung einer Konsolidierungsrunde in 2011 seitens der Ratsmehrheit sowie die Ankündigung eines 10 Mio. EUR Konsolidierungspakets der Verwaltung durch den OB für 2011 sind zu wenig um angesichts der dramatischen Haushaltsentwicklung in Aachen in der Öffentlichkeit bestehen zu können!

Sicherlich benötigt auch der neue Oberbürgermeister eine gewisse Einarbeitungszeit in der Verwaltung.

Seine öffentlichen Auftritte für die Stadt und ihre Bürger sind durchaus gelungen, leider kann man dies nicht von seiner Verwaltungsleitung sagen. Hier vermissen wir Führung und Konzeption.

Meine Damen und Herren,

angesichts des fehlenden Spar- und Konsolidierungswillens von Rathauskoalition und OB ist es umso unverständlicher, dass für das derzeit Wichtigste im Haushalt 2010 kein Geld mehr da sein soll. Ich komme damit noch einmal auf die Eingangs bereits angesprochenen 50 zusätzlichen Kita-Plätze im U3-Bereich zurück, die Schwarz-Grün - trotz ansonsten ungebremster Spendierlaune - zur Grundsatzfrage gemacht hat.

Aachen ist mit einer Versorgungsquote von derzeit rund 25% im U3-Bereich Spitzenreiter in Nordrhein-Westfalen. Der „Aachener-Konsens“ der vergangenen Jahre hielt es - über Parteigrenzen hinweg - für notwendig im Interesse einer kinder- und familienfreundlichen Stadt jährlich 150 neue U3-Plätze zu schaffen. Nur auf diese Weise, so die bisherige gemeinsame Überzeugung aller Fraktionen, kann Aachen bis 2013 aus eigener Kraft das von der Bundesregierung anvisierte Ziel einer Bedarfsdeckung von 35% erreichen.

Um die landesweite Vorreiterrolle Aachens bei der Kleinkinderbetreuung und früh-kindlichen Bildung nicht aufs Spiel zu setzen, müssen auch 2010 wieder die erforderlichen 150 Kita-Plätze neu geschaffen werden. Die Gesamtkosten von 1,5 Mio. EUR, für die Haushaltsjahre 2010-13, die für die Einrichtung von 150 neuen U3-Kitaplätzen notwendig sind, werden durch den Vorschlag der SPD-Fraktion in Aachen eine „Tourismusabgabe“ auf Hotelübernachtungen in Höhe von 5% des Übernachtungspreises zu erheben einzuführen, sauber gefinanziert. Wie die Kämmerin letzten Dienstag im Finanzausschuss mitteilte, beläuft

sich das von der Verwaltung erwartete Aufkommen der „Tourismusabgabe“ auf 1,5 bis 1,8 Mio. EUR jährlich. Mit Hilfe dieser Mehreinnahmen im städtischen Haushalt, lässt sich der Kita-Ausbau in Aachen in dem Maße finanzieren, wie es erforderlich ist, damit zumindest das von der Bundesregierung festgelegte 35%-Ziel bis 2013 sicher erreicht werden kann.

Wie Frau Grehling weiter mitteilte, hält die Stadtverwaltung die Tourismusabgabe auch für rechtlich zulässig, schnell umsetzbar und vor Allem für mit geringem Verwaltungsaufwand erhebbar. Damit spricht nach einer Genehmigung durch den Innenminister nichts mehr gegen die Einführung der Abgabe in Aachen.

Die SPD-Fraktion setzt daher mit ihrem Vorschlag bei den „Kurzen nicht zu kürzen“ und so, wie es in Aachen bisher üblich war auch weiter vorrangig in Bildung und Betreuung zu investieren, nicht nur weiter die richtigen inhaltlichen Prioritäten, sondern stellt mit ihrem Gegenfinanzierungsvorschlag „Tourismusabgabe“ auch einmal mehr ihre finanzpolitische Seriosität unter Beweis.

Meine Damen und Herren von der Koalition,

heute ist die letzte Gelegenheit den in den Haushaltsberatungen 2010 bei den Kita-Plätzen eingeschlagenen Weg noch ohne Konsequenzen zu beenden.

Deshalb appelliere ich ein letztes Mal an Ihr Verantwortungsgefühl: Stimmen Sie bitte dem SPD-Initiativantrag zu und sorgen Sie dafür, dass das Ziel einer bedarfsdeckenden U3-Versorgung in Aachen perspektivisch nicht verloren geht!

Meine Damen und Herren,

aus aktuellem Anlass noch ein Wort zur Alemannia: Alemannia Aachen hat sich mit der Bitte um Hilfe auch an die Stadt gewandt – man muss sagen, wieder einmal. Dies bringt den Rat in eine Zwickmühle: Zum einen ist wie geschildert die finanzielle Lage prekär, zum anderen ist die Alemannia natürlich ein Aushängeschild und Marketingartikel für unsere Stadt. Es ist nicht zu verkennen, dass einige externe Dinge zur schwierigen Lage von Alemannia beigetragen haben, es seien nur die gesenkten Fernsehgelder erwähnt, allerdings ist beim Bau des schönen neuen Stadions sicherlich auch manchmal nicht alles gut genug überlegt worden. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Stadt für die Infrastruktur schon über 9 Mio. EUR ausgegeben hat. Hilfe für Alemannia ist sicherlich notwendig, allerdings kann es sich nicht um Zuschüsse handeln, die den Haushalt weiter belasten. Auch muss sichergestellt werden, dass der Verein ein tragfähiges Konzept für die nächsten Jahre vorlegen kann, das die Wiederholung solcher Situationen wie jetzt künftig vermeiden hilft.

Zum Schluss möchte ich mich noch ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und hier ganz besonders bei Frau Grehling und ihrem Team aus der Kämmerei für die rund um den Haushaltsentwurf 2010 geleistete Arbeit bedanken. Sie alle haben in den vergangenen Wochen einen sehr guten Job gemacht, viel geleistet und uns Politiker und Politikerinnen gut informiert und beraten. In meinen Dank schließe ich besonders auch Herrn Meyer, den neuen Leiter der Kämmerei ein, der sich in kürzester Zeit in die Aachener Finanzen eingearbeitet hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.